



Berlin, 28. Juli 2016

GdP begrüßt Ankündigung der Bundeskanzlerin zur Stärkung der Sicherheitsbehörden

Malchow: Personallücken bei Polizei gefährden innere Sicherheit

Berlin/Winterberg. Die Ankündigung der Bundeskanzlerin, die Sicherheitsbehörden zu stärken, wird von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt. Angesichts der Terror- und Gewalttaten der letzten Woche forderte die GdP die Länder dazu auf, dem Vorstoß der Bundeskanzlerin unmittelbar zu folgen. „Es reicht nicht aus, nur die Bundesbehörden mit mehr Personal und besserer Ausrüstung auszustatten. Die größten Personallücken gibt es in den Ländern, die jahrzehntelang Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen haben“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Rande einer Vorstandsklausur im sauerländischen Winterberg.

Mit ihrer bundesweiten Kampagne habe die GdP im November des vergangenen Jahres nachdrücklich deutlich gemacht, dass bei der Polizei in Bund und Ländern seit der Jahrtausendwende rund 16.000 Stellen dem Rotstift zum Opfer gefallen sind.

„Vor dem Hintergrund vieler personell aufwändiger hinzugekommener Aufgaben und einem Berg von etwa 20 Millionen von unseren Kolleginnen und Kollegen angehäuften Überstunden brauchen wir zum Schutz der inneren Sicherheit Deutschlands mindestens 20.000 Polizeibeamte mehr“, betonte Malchow. Notwendig sei es, dass die Politik auf absehbare Entwicklungen reagiere und nicht, wie in den letzten 15 Jahren, erst dann handle, wenn sie nicht mehr anders könne.

Kontakt:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand - Pressestelle
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon:
030 39 99 21-113 bis 117
Telefax:
030 39 99 21-190
Pressesprecher:
Rüdiger Holecek
Mobil: 0172 7121599
Internet:
www.gdp.de
Twitter:
[@GdPPresse](https://twitter.com/GdPPresse)
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de